

nisationen; allerdings drohen, wie die Beispiele zeigen, doch permanent widersprüchliche Standards, Konkurrenzdenken und Ressourcenverschwendung. Um dem entgegenzuwirken, haben der Europarat und die EU 2007 auf der Grundlage des Juncker-Berichts von 2006 ein „Memorandum of Understanding“ für die künftige institutionelle und inhaltliche Zusammenarbeit unterzeichnet.

Abgerundet wird die Studie mit einer Darstellung über die Zusammenarbeit des Europarates mit internationalen Nichtregierungsorganisationen, von denen derzeit knapp 400 Organisationen aufgrund ihrer Repräsentativität einen „Teilnehmerstatus“ beim Europarat haben. Seit 2005 finden jährlich mehrere INGO-Konferenzen statt, bei denen die zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Beitrag zur Umsetzung der Europarats-Ziele leisten können. Die Ergebnisse sind allerdings zweifellos optimierungsfähig.

In einem engagierten Ausblick entwirft *Brummer* eine Zukunftsagenda für den Europarat, die er alliterierend mit sechs „K“s bezeichnet: Konzentration auf die Europaratsthemen, Konsolidierung, Konsequente Ahndung von Verstößen der Mitgliedstaaten gegen gemeinsame Werte, Komposition einer Nachbarschaftspolitik, Kommunikation in die Öffentlichkeit mit politischen Schwergewichten, sowie Kooperation zwischen Europarat und der EU hin zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik. Alles in allem ein erfreuliches Buch, ein Wegweiser und Kompass zu einer zerklüfteten Thematik.

Burkard Steppacher

EUROPÄISCHE UNION

Hüller, Thorsten. *Demokratie und Sozialregulierung in Europa. Die Online-Konsultationen der EU-Kommission*. Frankfurt am Main/New York. Campus-Verlag 2010. 268 Seiten. 32,90 €.

Die Europäische Kommission hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Anstrengungen unternommen, um durch neue Verfahren die Beteiligungschancen der Bürger an Europapolitik zu verbessern und damit die Demokratisierung der EU voranzutreiben. Eine dieser Reformen besteht in der Einführung und Anwendung von Online-Konsultationen, mit denen Bürgern die Möglichkeit gegeben werden soll, sich frühzeitig zu aktuellen oder potentiellen EU-Themen zu äußern und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Bereits seit dem Jahr 2001 werden diese Online-Konsultationen von verschiedenen Generaldirektionen über das Internetportal „Your Voice in Europe“ durchgeführt. Sie richten sich in der Regel nicht nur an spezialisierte Experten und organisierte Interessenvertreter, sondern an alle interessierten Personen. Je nach Konsultationstyp soll zunächst eine lange Liste von vorgegebenen Multiple-Choice-Fragen beantwortet werden, bevor es den Bürgern dann möglich ist, auf bestimmte Leitfragen zu einem Konsultationsdokument zu antworten oder andere Aspekte aufzugreifen und zu kommentieren. Thorsten Hüller verfolgt mit seinem Buch in erster Linie das Ziel, diese neuen Verfahren der Online-Konsultation mit Blick auf deren Beitrag zum Ausbau von Demokratie und positiver Sozialregulierung in Europa zu analysieren und zu bewerten. Die Studie stützt

sich auf Forschungsergebnisse aus einem DFG-Projekt zur „Demokratisierung der EU durch zivilgesellschaftliche Einbindung“, das unter der Leitung von Beate Kohler-Koch am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung durchgeführt wurde, sowie auf das Projekt „Handelsliberalisierung und Sozialregulierung in transnationalen Konstellationen“, das am Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen angesiedelt ist. Im ersten theoretischen Teil arbeitet Hüller die breite und inzwischen kaum noch zu überblickende Debatte um das vermeintliche Demokratiedefizit der EU erneut auf. In einem ersten Schritt wird das Konzept der reinen Output-Legitimität kritisiert, das von der Annahme ausgeht, politische Entscheidungen in der EU könnten unabhängig von demokratischen Beteiligungschancen als hinreichend gerechtfertigt angesehen werden, sofern sie effektiv zur Lösung gemeinschaftlicher Probleme beitragen würden. Allerdings, so eine der Gegenthesen, gebe es in der inzwischen hochkomplexen Europapolitik so gut wie keinen Regelungsbereich (mehr), in dem kollektive Entscheidungen getroffen werden, von denen alle gleichermaßen profitieren bzw. die niemanden schlechter stellen. Zudem ließe sich nicht ermitteln, welche Regelungen eigentlich dem Gemeinwohl förderlich sind, wenn diese nicht zuvor in einem demokratischen Prozess diskutiert und definiert werden. Ohne angemessene supranationale Beteiligungsformen, so die Schlussfolgerung, sei eine demokratisch legitimierte und gleichzeitig im Bereich der „positiven Integration“ aktive EU zukünftig nicht zu haben. Nachdem in einem weiteren Schritt argumentiert wird, dass die strukturellen

Demokratiedefizite europäischen Regierens weder durch eine engere Bindung an nationale Parlamente, noch durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments zufrieden stellend aufzulösen seien, beschäftigt sich der zweite Teil ausführlich mit der Frage, inwieweit neue Formen zivilgesellschaftlicher Partizipation zur Minderung der akuten Demokratieprobleme in der EU beitragen können. Entlang drei allgemeiner normativer Demokratieprinzipien (politische Gleichheit, Verantwortlichkeit, Publizität), die insbesondere für die legislativen Funktionen der EU-Institutionen gelten sollten, werden nun verschiedene Modelle assoziativer Demokratisierung einer kritischen Bewertung unterzogen. Hierbei zeigt sich unter anderem, dass nachhaltige Demokratisierungseffekte bestenfalls durch das Instrument der Online-Konsultationen erzielt werden könnten, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt wären, während die direkte Beteiligung zivilgesellschaftlicher Interessengruppen auf europäischer Ebene zu diversen normativen Problemen führt. Im empirischen Teil werden dann vier offene Online-Konsultationen zu Fragen des Arbeitsrechts, des Arbeitsmarktes, der Kennzeichnungspflicht für bestimmte Produkte sowie der Ernährung einer detaillierten Analyse unterzogen, um die deliberativ-demokratischen Qualitäten und Leistungen zu überprüfen. Im Ergebnis zeigt sich einerseits, so der Autor, dass durch die Nutzung von Online-Konsultationen zumindest eine partikuläre Demokratisierung der EU befördert wird. Andererseits werde aber auch sehr deutlich, dass „die demokratischen Möglichkeiten, die das Instrument bietet, in der Praxis nicht annähernd ausgeschöpft werden“ (211). So seien

diverse Potentiale zur Verbesserung der Beratungsprozesse bislang ungenutzt geblieben, insbesondere hinsichtlich des Austausches zwischen den Stellungnahmen sowie der Responsivität der Kommission auf die eingereichten Vorschläge und deren systematischer Auswertung.

Insgesamt trägt das Buch sowohl normativ-theoretisch als auch empirisch zu einer informierten Kenntnis und Beurteilung der aktuellen Reformschritte zur Demokratisierung europäischen Regierens bei. Der Theorieteil grenzt sich sehr wohltuend von der sonstigen Literatur zum Demokratiedefizit der EU ab, weil hier, ausgehend von Konzeptionen aus dem Bereich der politischen Philosophie und der neueren Demokratietheorie, eine Brücke geschlagen wird zu dem sehr speziellen Problemfall des europäischen Mehrebenensystems. Der empirische Teil beleuchtet mit den Online-Konsultationen ein neuartiges und bislang kaum beachtetes Instrument direkter Bürgerbeteiligung und diskutiert die Vor- und Nachteile auf einer soliden Datenbasis. Etwas undurchsichtig bleibt jedoch der Zusammenhang bzw. das Verhältnis von Demokratie und Sozialregulierung: Beruht eine Dimension des Demokratiedefizits innerhalb der EU in erster Linie auf der bekannten Einschränkung von Fritz Scharpf u.a., dass eine aktive Sozial- und Arbeitsmarktregulierung aufgrund des Standortwettbewerbs im EU-Binnenmarkt kaum noch zu realisieren ist, aber gleichzeitig viele Bürger an einem soliden Sozialstaat festhalten wollen? Oder auf der Einschätzung vieler linksgerichteter EU-Kritiker, dass positive Sozialregulierung als Gegengewicht auf europäischer Ebene per se, also unabhängig von den Meinungen der Bürger,

zu wenig entwickelt ist? Und welchen Einfluss hat die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an EU-Politik, insbesondere durch das neue Instrument der Online-Konsultationen, auf eine Stärkung bzw. Reduzierung von Sozialregulierung in Europa?

Andreas Wimmel

Meyer, Jan-Henrik. *The European Public Sphere. Media and Transnational Communication in European Integration 1969-1991*. Stuttgart. Franz Steiner Verlag 2010. 361 Seiten. 49 €.

Die Debatte zur „Europäischen Öffentlichkeit“ wird mit der Dissertation *Jan-Henrik Meyers* um einen originellen Beitrag bereichert. Positioniert zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaften, ist das umfangreiche, auf Englisch verfasste Buch (361 Seiten) interdisziplinär relevant. Der Untersuchungszeitraum 1969-1991 wurde bisher weder von Historikern, noch von Sozial- und Politikwissenschaftlern detailliert untersucht. Die Herangehensweise *Jan-Henrik Meyers*, eine systematisch vergleichende Analyse der Berichterstattung in sechs Tageszeitungen (*Daily Telegraph* und *Guardian*, *Le Monde* und *Le Figaro*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung*) aus drei Ländern (Großbritannien, Frankreich, West-Deutschland) zu fünf EG-Gipfeln (1969, 1974, 1978, 1985, 1991), erlaubt zudem den Bezug zur bestehenden Debatte.

Neben dem empirischen Teil (ca. 150 Seiten) nimmt die ausführliche Diskussion des Forschungsstandes, der verschiedenen disziplinären Ansätze (angelsächsischer, deutscher und teilweise französischsprachiger Provenienz) sowie der Verortung der eigenen Studie